



Protokoll Nr. 5

Sitzung von Donnerstag, 15. Februar 2001, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Christoph Stalder

Anwesend:

Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Peter Bernasconi
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Jsabelle Blunschy
Christine Bosshardt
Annette Brunner
Walter Christen
Marcel Eyer
Rudolf Friedli
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Susanna Grundbacher
Adrian Haas
Ruedi Hofer
Stephan Hügli
Natalie Imboden
Urs Jaberg
Daniele Jenni

Michael Jordi
German Kalbermatten
Esther Kälin Plézer
Daniel Kast
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Peter Künzler
Annemarie Lehmann
Melanie Leskow
Peter Linder
Liselotte Lüscher
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Mario Marti
Corinne Mathieu
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Philippe Müller
Rosmarie Okle Zimmermann
Lydia Riesen
Ursula Rudin-Vonwil
Erich Ryter

Annemarie Sancar
Sabine Schärner
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Sylvia Spring Hunziker
Michael Straub
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Max Suter
Margrit Thomet
Eva von Ballmoos
Catherine Weber
Thomas Weil
Kurt W. Weyermann
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Michael Aebersold
Raymond Anliker
Peter Bühler
Marie-Louise Durrer

Rolf Häberli
Ueli Haudenschild
Rudolf Keller

Ruth Rauch
Heinz Rub
Doris Schneider

Vertretung des Gemeinderats:

Adrian Guggisberg
Alexander Tschäppät
Therese Frösch

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Edith Olibet
Kurt Wasserfallen

Traktanden

1.	Gestaltung des Bundesplatzes; Projektierungskredit (Balsiger/Tschäppät)	339
2.	Abwasserreglement der Stadt Bern (AWR): Erheben der wiederkehrenden Regenwassergebühr; Kredit für die Umsetzung (Lüscher/Tschäppät)	267
3.	Altlast Gaswerkareal, Teilsanierung Teer-Destillationsanlage; Kredit (Lüscher/Guggisberg)	295
4.	Bremgartenfriedhof: Sanierung des Betriebsgebäudes, Aufhebung der Produktionsanlagen und Integration des Stützpunkts Fellerstrasse; Baukredit (Rub/Guggisberg)	316
5.	Kleine Anfrage Ueli Stückelberger / Eva von Ballmoos (GFL): Neufeldtunnel: Zieht der Gemeinderat den Entscheid weiter? (Tschäppät)	318
6.	Motion Fraktion SP (Andreas Zysset): Wohnstadt Bern – Piazza Breitenrain (Tschäppät)	303
7.	Motion Michael Jordi (GB) / Oskar Balsiger (SP): Sicherer Übergang Muriallee (Tschäppät)	262
8.	Postulat Christoph Müller / Urs Jaberg (FDP): Stop der Stadtflucht – Wohnen in Bern (WiB): Rücknutzung von zweckentfremdetem Wohnraum (Tschäppät)	264
9.	Interpellation German Kalbermatten (CVP): Blitz! Donner! Sturm! Gewitter! über Bern; Schlagzeilen vom 22. August in der Berner Presse (Tschäppät)	312
10.	Interpellation Ruth Rauch (SP): ARA – Konsequenzen der Privatisierung? (Tschäppät)	322

Ordentliche Traktanden

1 Gestaltung des Bundesplatzes; Projektierungskredit

Antrag Nr. 339

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Gestaltung Bundesplatz: Projektierungskredit.
2. Er beauftragt den Gemeinderat, die Platzgestaltung auf der Basis des aktualisierten und ergänzten Wettbewerbsentwurfs „Platz als Platz“ zu projektieren.
3. Für die Projektierungskosten Platzgestaltung bewilligt der Stadtrat einen Gesamtkredit von Fr. 315 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto 540.501.200.0.
4. Für die Projektierungskosten Kanalisation bewilligt der Stadtrat einen Kredit von Fr. 50 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto 851.501.130.0.
5. Die Projektierungskredite sind später in die Baukredite aufzunehmen.
6. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen und dem Stadtrat zu gegebener Zeit ein Projekt mit Baukreditantrag zu unterbreiten.

Antrag der PVK zum Beschlussentwurf:

1. Wie Gemeinderat
2. Wie Gemeinderat
3. Bei der Detailprojektierung berücksichtigt der Gemeinderat folgende Punkte als festen Bestandteil des Gestaltungskonzeptes:
 - a) die Realisierung geeigneter Massnahmen z.B. versenkbare Poller, zur Lenkung des Verkehrs, wo dies für die Sicherheit und zur Verkehrsführung bzw. des Nutzungskonzeptes erforderlich ist.
 - b) Die Ausgestaltung geeigneter Linien und Punkte der räumlichen Platzgestaltung als er-tastbare Führungshilfen für Menschen mit Sehbehinderung.
Er prüft eine fussverkehrsfreundliche Zone, welche vom Bärenplatz nahtlos in den Bundesplatz übergeht.

Für die PVK spricht *Oskar Balsiger* (SP): Vorab danke ich dem Gemeinderat für die sorgfältig zusammengestellten Kommissionsunterlagen, dieser Dank geht natürlich auch an die Verwaltung, die sich engagiert mit der Materie auseinandergesetzt hat. Das Geschäft hätte bereits im Mai 2000 im Rat behandelt werden sollen. Am 14. Mai 1998 erklärte der Stadtrat nämlich die Motion Silvia Aepli (GFL) betreffend Stadtplätze, wo es keinen Tunnel braucht/Bundesplatz als erheblich und forderte den Gemeinderat auf, dem Stadtrat schnellstmöglich einen Projektierungs- und/oder Ausführungskredit zur Umgestaltung des Bundesplatzes vorzulegen. Weshalb der Gemeinderat sich behutsam an die heute vorliegende Lösung annäherte und dabei in Kauf nahm die auf 2 Jahre limitierte Frist zur Behandlung von Motionen um mehr als ein halbes Jahr zu überschreiten, geht aus meinen nachfolgenden Ausführungen hervor. Ich beginne mit einem Rückblick auf die erwähnte Stadtratssitzung vom 14. Mai 1998. In seiner damaligen Fraktionserklärung für die GFL erklärte Ueli Stückelberger: „Wichtig ist, dass ein leerer Platz allein nicht genügt. Es muss eine Umgestaltung (...) stattfinden, ansonsten entstünde eine gähnende Leere, die die GFL nicht unterstützen könnte.“ Über das Projekt „Platz als Platz“, welches im vor zehn Jahren durchgeführten Wettbewerb den ersten Platz belegte, erklärte er: „Für die GFL ist dieses Siegerprojekt nicht sakrosankt. Weil dieser Wettbewerb schon einige Jahre zurückliegt, darf man das Siegerprojekt auch wieder in Frage stellen. (...) Die GFL (...) fordert den Gemeinderat auf, unverkrampft an der Gestaltung des Bundesplatzes zu arbeiten.“ Für die SVP führte Rudolph Schweizer aus: „Die SVP sagt Ja zu der Motion und dazu, dass die Parkplätze verschwinden auf dem Bundesplatz zugunsten von unterirdischen Parkplätzen.“ Im Lager der FDP machte sich Michael Burkard als Einzelvotant stark. Er sei nicht bereit, die Katze im Sack zu kaufen. Es sollte mit der Überweisung der Motion kein Präjudiz geschaffen werden für ein Projekt, das heute kaum mehr jemand kenne. Das Projekt sei nicht nur alt, sondern auch gar nicht nachzuvollziehen, da man gar kein Modell dazu gesehen habe. Im Rahmen

der Feiern zur Helvetik seien auch Diskussionen im Gang, wie der Platz gestaltet werden könne. Adrian Guggisberg, damals Planungs- und Baudirektor, beschwichtigte: *„Es liegt ein Projekt vor für den Platz aus den Jahren 1992/93. Wenn man berücksichtigt, wie schnell sich heute die Meinungen ändern, wird man sich die Frage stellen müssen, ob diese Platzgestaltung heute noch Gültigkeit hat oder nicht. Die Diskussionen über die Gestaltung der Plätze müssen auf jeden Fall vor der Projektierung geführt werden und nicht nachher.“* Vor drei Jahren redete alles von Menschenrechten, kaum jemand kannte sie. Das sollte sich im Jahr 1998, dem Jubiläumsjahr 200 Jahre Helvetik, 150 Jahre Bundesstaat und 50 Jahre Deklaration der Menschenrechte, ändern. Bettina Eichin lancierte die Idee, den Bundesplatz im Zeichen der Menschenrechte umzugestalten und entwarf dazu eine Projektskizze. Diese stand in einem Zusammenhang mit drei Menschenrechtstexten aus Bronze, die im Rahmen des Skulpturenweges Grauholz von März bis Oktober 1998 unter den Drei Eidgenossen im Bundeshaus installiert waren und heute definitiv im Bundeshaus Platz gefunden haben. Die Künstlerin entwickelte für den Bundesplatz Formen der Gestaltung, welche seine vielfältigen Funktionen unterstützen und im Dialog mit den Menschenrechten im Innern des Bundeshauses stehen sollten. Das Projekt sah vor, an der Achse Amtshausgasse einen dreieckigen Brunnen aus Granit aufzustellen mit Seitenlänge 5 m und breitem Rand auf Sitzhöhe. Eine Spitze des Beckens mit offenem Abfluss ist auf das Hauptportal des Bundeshauses gerichtet. Das aus dem Brunnen strömende Wasser wäre in einer Rinne mit durchbrochenen Abdeckgittern gefasst und in gerader Linie Richtung Bundeshaus geleitet worden. Wörter in verschiedenen Sprachen aus den Menschenrechten hätten den Abdeckgittern die äussere Form geben sollen. Ein Wasserspiel mit 23 Brunnenröhren, bedienbar durch das Publikum, hätte den Brunnen gespiesen. Drei stattliche Linden hätten den Brunnen umrahmt – ein Ort zum Verweilen: im Rücken das Käfiggässlein, ausgebreitet vor den Füßen der mit Natursteinen kunstvoll ausgelegte Platz, neben dem Brunnen das Schaltpult für das Wasserspiel, gestaltet als Rednertribüne. Nationalratspräsident Ernst Leuenberger und Ständeratspräsident Ulrich Zimmerli empfehlen in einem Schreiben an Stadtpräsident Klaus Baumgartner den von Bettina Eichin gestalteten Vorschlag zur wohlwollenden Prüfung. Sebastian Bentz, ehemaliger Regierungstatthalter von Bern, blies ins gleiche Horn: Gebt Frau Eichin eine Chance, ihr Projekt so weit auszuarbeiten, dass man es mit dem Siegerprojekt auch tatsächlich vergleichen kann. Soweit zur Situation 1998. Diese Ausgangslage bewog den Gemeinderat im Februar 1999, folgendes Vorgehen einzuschlagen: Festlegen der Gestaltung gemeinsam mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Überprüfen der Situation, Ausarbeiten eines Vorgehensvorschlages durch eine kleine Projektorganisation mit Vertretern von Stadt und Bund. Eine der Fragen, mit der sich die Projektorganisation auseinandersetzen musste, war diejenige allfälliger Rechtsansprüche seitens der Gewinner des Wettbewerbes, falls diese nicht zum Zuge kommen würden. Dabei gab die Vertretung der Bundesbehörden in dieser Arbeitsgruppe zu erkennen, dass sie an einem Verfahren über die endgültige rechtliche Verbindlichkeit und der damit verbundenen Publizität nicht interessiert sei. Im August 1999 bewilligt der Gemeinderat einen Kredit von Fr. 40'000.00 (zu Lasten der Investitionsrechnung) für die Ausarbeitung einer Vorstudie ‚Gestaltung Bundesplatz‘. Damit wollte er einen gesamtschweizerischen Diskussionsprozess auslösen, welcher in einen konsensfähigen Projektentwurf für den Bundesplatz hätte münden sollen. Doch es kam anders. Im März 2000 sieht sich der Gemeinderat vor neue Tatsachen gestellt: aus der Expo01 ist die Expo02 geworden. Ein privater Sponsor meldet sich und stellt in Aussicht, der Stadt aus Anlass des 175-jährigen Bestehens seines Betriebs ein namhaftes Geschenk zu machen, sofern bis ca. im Herbst 2000 ein entsprechend attraktiver Verwendungszweck genannt werde. Zwar ist das Jubiläumsgeschenk ausdrücklich nicht an einen bestimmten Verwendungszweck gebunden, doch wird der Sponsor nur ein Vorhaben unterstützen wollen, das von einer politischen Mehrheit mitgetragen wird. Ein solches Vorhaben ist zweifellos der Bundesplatz. Aus verschiedenen Gründen wäre es äusserst problematisch, das Wettbewerbsergebnis „Platz als Platz“ ohne Stadtratsentscheid einfach fallen zu lassen. In den Bestimmungen zum national abgestützten Wettbewerb hiess es nämlich: Die Verfasserin oder der Verfasser beziehungsweise das Team, welches das Siegerprojekt eingereicht hat, soll mit der Weiterbearbeitung bis zur Ausführung beauftragt werden. Die Planungs- und Baudirektion und die Delegation des Bundes kamen deshalb überein, dass das Wettbewerbsprojekt „Platz als Platz“ wieder aufzunehmen und möglichst rasch eine Entscheidung des zuständigen politischen Organs,

des Stadtrats, herbeizuführen sei. Der Gemeinderat holte dazu auch die Meinung des Bundesrats und der Verwaltungsdelegation der eidgenössischen Räte ein. Im März 2000 nahmen die Parlamentsdienste der Bundesversammlung wie folgt Stellung: *„Die Ratspräsidenten sehen (...) keinen objektiven Grund, gegen den Vorschlag – gemeint ist das Siegerprojekt „Platz als Platz“ aus dem Wettbewerb – als Basis für eine Projektierungsvorlage zu sein. Sie stimmen dem Vorschlag zu, auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses 1991/92 fortzufahren.“* Gemeinderat und PVK nehmen Kenntnis vom Mitbericht der Finanzdirektion zur heute vor uns liegenden Stadtratsvorlage: *„...in der vom Gemeinderat verabschiedeten Investitionsplanung sei der beantragte Projektierungskredit nicht enthalten. Ebenso fehlten die Mittel für die Realisierung. Wenn der Gemeinderat die Weiterbearbeitung trotzdem beschliesst, dann mit Blick auf die in Aussicht stehende Unterstützung durch Mittel eines privaten Sponsors sowie auf einen erhofften namhaften Beitrag des Bundes. Die Restfinanzierung wird bezüglich Direktionsquote bzw. mittelfristige Investitionsplanung MIP im gegebenen Zeitpunkt noch zu diskutieren sein.“* Zum Siegerprojekt des Wettbewerbes 1992/93: Die Zielvorstellung von 1991 war, den Bundesplatz als Ort von nationaler Bedeutung in den nächsten Jahren neu zu gestalten. Die Gestaltung sollte vor allem den Belag, die Beleuchtung und die allfällige Infrastruktur für die verschiedenen Nutzungen umfassen. Schrittweise sollten der fließende und der ruhende motorisierte Individualverkehr zugunsten anderer Nutzungen reduziert werden. Diese Zielsetzung ist heute noch genau so aktuell, wie vor 10 Jahren. Zur Beratung in der PVK: Die PVK nahm anlässlich der Vorberatung zur Kenntnis, dass das Siegerprojekt nicht 1992 stehen geblieben ist, sondern im Rahmen der Bearbeitung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Stadt/Bund in der Zeit bis heute einen signifikanten Wandel durchgemacht hat. Die Grundidee des mittels Metallrahmen umspannten Rechteckes mit Bezug auf das Hauptportal des Bundeshauses ist geblieben. Der Vorschlag soll ermöglichen, den nach der Entlastung verbleibenden Verkehr über den Platz bzw. um den Platz herum zu führen, ohne Elemente der Verkehrsregelung markieren bzw. ohne Elemente der Verkehrsregelung aufstellen zu müssen. Die gestalterische Ruhe auf dem Platz wird unterstützt durch die Beleuchtung von umliegenden Dächern. Der Platz selbst ist frei von Kandelabern, welche die Nutzung beeinträchtigen würden. Ein 40 cm breites, von unten beleuchtetes und befahrbares Lichtband stellt die optische Verbindung zwischen dem Bundesplatz und dem daran angrenzenden Bärenplatz her. Die Rechtecksfläche selbst besteht aus 4 m breiten Kunststeinbändern, die in der Längsrichtung auf das Bundeshaus zuführen. Die Farbe des Belages steht im Kontext zu den umliegenden Fassaden. Die Fahrbereiche um das Rechteck herum sind als Asphaltbelag ausgeführt. Die Trottoirbereiche werden in die Platzfläche integriert, der gesamte Platz ist Fussverkehrsfläche, d.h. die Niveauunterschiede Fahrbereich/Gehbereich sind ausgeglichen. Aufgenommen wurde der Gedanke, das Element Wasser in die Platzgestaltung zu integrieren und zwar in der Form von Wasserspeiern, deren genaue Anordnung im Rahmen der Detailprojektierung zu definieren ist. Ebenfalls geprüft werden soll die Aufnahme von Masten als Fahnenträger, welche den westlichen bzw. östlichen Platzabschluss bilden könnten. Aufgabe der Projektierung wird auch sein, demontierbare leichte Platzbegrenzungselemente zu entwickeln, die anstelle der heute vorhandenen Geländer bzw. anstelle der bei Demos zum Einsatz kommenden schweren Absperrgittern Verwendung finden sollen. Die Kosten sind auf Fr. 7,8 Mio. geschätzt, davon 1,3 Mio. für Werkleitungen. Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat einen Projektierungskredit von Fr. 365'000.00 zur Bewilligung, welcher später in den Baukredit aufzunehmen ist. Die PVK hat sich anlässlich der Vorberatung mit technischen und politischen Aspekten auseinandergesetzt. Zu den politischen Aspekten: 1. Eine Gegenüberstellung Siegerprojekt/Projekt Eichin erachtet die PVK als nicht opportun. Möglich sind die Varianten Siegerprojekt Ja oder Nein, oder ein neuer Wettbewerb, was auf Rückweisung hinauslaufen müsste. 2. Es kann nicht nur darum gehen Parkplätze aufzuheben, es muss gleichzeitig eine gute Gestaltung realisiert werden. 3. Die heute vom fahrenden Verkehr ausgehende Trennwirkung zwischen dem Bärenplatz und dem Bundesplatz ist möglichst zu beseitigen, es soll ein zusammenhängender städtischer Raum mit Fussverkehrspriorität entstehen. 4. Hinsichtlich Finanzierung ist eine Lösung anzustreben, welche weitgehend eine Finanzierung durch Dritte garantiert. Zu den technischen Aspekten: Einig war man sich, dass der neu gestaltete Platz weitgehend ohne signalisationstechnisches ‚Mobiliar‘, welches sich störend auf das Erscheinungsbild auswirkt, auskommen sollte. Um dies zu gewährleisten, muss die Frage, mit wel-

chen Gestaltungselementen der Verkehr geführt werden soll, bereits im Anfangsstadium der Projektierung mitberücksichtigt werden. Einigkeit herrschte ebenfalls darüber, dass die neue Platzgestaltung die Fussgänger nicht im Ungewissen lassen darf, wann sie sich in einer von fahrendem Verkehr beanspruchten Konfliktzone befinden und wann nicht. Auch Menschen mit Sehbehinderung sollen sich auf dem Platz sicher bewegen und orientieren können. Aus der Diskussion in der PVK schälte sich ein zusätzlicher Punkt heraus, der als Punkt 3 in den Beschluss des Stadtrats aufzunehmen ist. Die einzelnen Inhalte dieses Punktes fanden in der PVK folgenden Zuspruch: 3a: 7 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung / 3b: 8 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung / letzter Satz: 6 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die PVK klar gegen eine Missachtung eines gesamtschweizerisch durchgeführten Wettbewerbs ist. Die Stadt verlöre an Glaubwürdigkeit, wenn sie dies zuliesse. Sie empfiehlt dem Rat einstimmig, den mit neuem Punkt 3 ergänzten Beschluss zur Annahme.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion FDP spricht *Urs Jaberg* (FDP): Der Kommissionssprecher hat das Geschäft in aller Breite dargelegt, ich werde mich deshalb auf die Sicht der FDP beschränken. Plätze sind die Herzstücke der Städte, dort pulsiert das Leben. Auf die Plätze müssen wir besonders achten. In Bern ist vorläufig davon noch nicht viel zu spüren, die Plätze sind unansehnlich und werden als Hohlräume zwischen den Häusern aufgefasst. Es ist höchste Zeit, dass wir das vorliegende Projekt in Angriff nehmen. Das Projekt „Platz als Platz“ ist noch keineswegs veraltet, es überzeugt auch heute noch. Wir stehen hinter diesem Projekt mit den Anpassungen vom Jahr 2000, welche Ihnen vorliegen. Die Anpassungen sind sehr moderat und krempeln das Konzept nicht vollständig um. Die zurückhaltende Gestaltung lässt Spielraum für städtisches Leben und städtische Aktivitäten. Wir warten gespannt auf die Resultate der Feinplanung, welche wir mit dem heutigen Projektierungskredit auslösen. Weil das Resultat noch nicht vorliegt, macht es auch noch keinen Sinn, abschliessend über das Projekt zu diskutieren. Auch die Kostenfrage wird erst bei der Baukreditvorlage zu diskutieren sein. Wir bedauern aber, dass der Gemeinderat heute noch keine Aussagen zu einer möglichen Finanzierung macht. Wir nehmen an, dass der heutige Projektierungskredit rund einen Drittel des gesamten Projektierungskredits ausmacht, der seinerseits rund 15% der gesamten Kosten deckt. Wir fordern den Gemeinderat auf, sich beim Bund für einen Beitrag stark zu machen, der der nationalen Bedeutung des Platzes entspricht. Das Projekt Eichin war wiederholt Gegenstand von Diskussionen. Die FDP würdigt den Entwurf, der auf privater Basis entstanden ist, ausdrücklich, und sieht ihn als Bereicherung der Diskussion um die Platzgestaltung an. Aus grundsätzlichen und planerischen Gründen halten wir aber klar am Projekt „Platz als Platz“ fest. Sollte davon abgewichen werden, müsste nach unserer Auffassung ein neuer Wettbewerb durchgeführt werden. Wir freuen uns auf eine Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung, von der wir erwarten, dass sie sich auf einem ähnlichen Niveau bewegt wie jene zum Paul Klee-Zentrum. Oskar Balsiger hat die als begehbare Gitter gestalteten Menschenrechte erwähnt. Diese sind für mich ein Grund, das Projekt Eichin abzulehnen, weil meiner Meinung nach die Menschenrechte nicht mit Füßen getreten werden sollen. Zu den Anträgen der PVK: Bei Punkt 3a finden wir es richtig, über geeignete Massnahmen nachzudenken, wir lehnen aber versenkbare Poller ab. Den Führungshilfen für Menschen mit einer Sehbehinderung stimmen wir zu, zum Schlusssatz nehmen wir nicht Stellung, weil er zu allgemein ist.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Verena Furrer-Lehmann* (GFL): Wir freuen uns, dass nun etwas geht mit dem Bundesplatz, schliesslich sind wir bereits seit 14 Jahren an diesem Thema. Der Ort soll eine seiner Bedeutung gemässe Gestaltung erhalten und Begegnungsort für nationale und internationale Anlässe werden. Das Projekt „Platz als Platz“ erfüllt aus unserer Sicht alle wesentlichen Anforderungen an diese Gestaltung. Es zeichnet sich durch seine Zurückhaltung aus, wodurch der Platz seine Grosszügigkeit und seine Flexibilität behält. Das Siegerprojekt ist in einem nationalen Wettbewerb aus 207 Eingaben mit einem einstimmigen Juryentscheid ausgewählt worden. Nun ist von privater Seite ein neues Konkurrenzprojekt lanciert worden, was aus unserer Sicht unzulässig ist. Das prämierte Projekt liess sich nur dann in Frage stellen, wenn sich die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen

völlig verändert hätten und das Verfahren neu aufgerollt würde. Nach einem Planungsstopp von acht Jahren kann man sich tatsächlich überlegen, ob das Projekt noch valabel ist. Falls das private Projekt nun favorisiert wird, wird der öffentliche Wettbewerb, ja das ganze öffentliche Wettbewerbs- und Auswahlverfahren diskreditiert. Wer sollte sich denn noch an solchen Verfahren beteiligen und einen Aufwand betreiben, wenn nicht klar ist, dass auch wirklich das beste Projekt ausgewählt wird. Ich möchte aber betonen, dass diese Aussage keine Wertung der Arbeit von Bettina Eichin ist. Wir begrüßen die Haltung des Gemeinderats, der sich nicht beirren lässt, und unterstützen den eingeschlagenen Weg und den Projektierungskredit. Weil wir heute nur über diesen Kredit beschliessen, werden wir uns auch nicht zu den Gestaltungsoptionen äussern, sondern beschränken uns auf drei Wünsche, die in die weitere Bearbeitung einfließen sollen. Es ist für uns entscheidend, dass der Zeitpunkt der Aufhebung der Parkplätze zusammenfällt mit der Umgestaltung des Platzes, und dass dies der Bevölkerung auch so kommuniziert wird. Wir begrüßen den PVK-Antrag, dass noch einmal über die Verkehrsführung diskutiert werden soll, es ist nämlich entscheidend, dass Bundes- und Bärenplatz nicht durch eine Verkehrsachse getrennt sind. Schliesslich haben wir uns über die Absicht des Bundes gefreut, dass er den Symbolwert des Platzes bestätigen will. Er darf nicht an kommerzielle Veranstalter vermietet werden, private Anlässe sollten einen politischen oder ideellen Hintergrund haben.

Für die Fraktion SP/JUSO spricht *Sabine Schärer* (SP): Unsere Fraktion befürwortet den Antrag des Gemeinderats mit den Ergänzungen der PVK zu Punkt 3a und 3b. Das vorliegende Projekt ist in einem gesamtschweizerischen Wettbewerbsverfahren erkoren worden. Es hat sich ausdrücklich um einen Projektwettbewerb gehandelt, das Verfahren war nach fachlichen, demokratischen und juristischen Regeln klar konzipiert. Dadurch wird eine hohe Verbindlichkeit gegenüber einer späteren Projektausführung erreicht. Ohne schwerwiegende Gründe kann ein Juryentscheid nicht einfach umgestossen und durch die Hintertür ein neues Projekt eingeschleust werden, sonst kann man ebensogut zu einem reinen Willkürverfahren bei der Vergebung übergehen. Wir sehen keine schwerwiegenden Gründe für ein Abweichen vom Juryentscheid, die Rahmenbedingungen haben sich nicht wesentlich verändert, das Projekt überzeugt noch heute durch seine Schlichtheit und durch die hohe Nutzungsflexibilität. Alles in allem ist es ein wichtiger Schritt zur Rückeroberung des öffentlichen Raums für das Fussvolk.

Für die Fraktion GB, JA!, GPB spricht *Blaise Kropf* (JA!): Auch unsere Fraktion begrüsst, dass das Projekt Bundesplatz nun endlich an die Hand genommen wird. Wir haben zwar immer wieder darauf hingewiesen, dass ein autofreier Bundesplatz allein nicht genügt, sondern auch der Verkehr in den Quartieren beruhigt werden muss. Auf die Umgestaltung des Bundesplatzes haben wir nun aber allzu lange gewartet. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir eine Lösung finden, die nicht nur künstlerischen, sondern auch verkehrstechnischen Anforderungen standhält. Über die Parkplätze müssen wir heute nicht mehr diskutieren, das haben wir im Zusammenhang mit dem Casinoplatz bereits getan. Offen sind heute nur die Fragen der Gestaltung und des verkehrspolitischen Vorgehens. Wir müssen nämlich verhindern, dass wir auf dem Bundesplatz zwar keine Autos mehr haben, rundherum der Verkehr aber unvermindert weiterrollt. Dies sind die Erwartungen unserer Fraktion, und nur wenn diese erfüllt werden, halten wir die geplante Ausgabe auch für richtig. Wir begrüßen das Projekt „Platz als Platz“, vor allem aus gestalterischen Überlegungen. Es ist nämlich ein zentrales Anliegen, dass auf dem Bundesplatz Veranstaltungen verschiedenster Art durchgeführt werden können. Weiter ist das Projekt selber vielseitig und wandelbar, und drittens wurde es in einem Wettbewerb und damit in einem transparenten und demokratischen Verfahren ausgewählt. Im Verkehrsbereich erwarten wir, dass ein Platz geschaffen wird, auf dem sich die Leute gerne aufhalten und der auch sicher erreichbar ist. Konkret muss der Bundes- mit dem Bärenplatz verbunden werden. Wenn man aber auf Fussgängerstreifen verzichtet, muss die Sicherheit auf andere Weise gewährleistet werden. Zur Erreichung dieser Ziele sind verschiedene Massnahmen denkbar. Der Gegenverkehr in der Kochergasse wurde bereits in der Diskussion um den Casinoplatz angesprochen, ein anderes Thema ist die Verkehrsführung vor der Nationalbank, ebenfalls geprüft werden muss eine Verkehrsre-

duktion. Wir empfehlen den Projektierungskredit zur Annahme, aus den genannten Überlegungen, natürlich auch die Anträge der PVK.

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Hans Ulrich Gränicher* (SVP): Der Bundesplatz ist der wichtigste Platz in dieser Stadt. Hier finden verschiedenste Aktivitäten und auch der wöchentliche Markt statt, und es ist unser zentrales Anliegen, dass dieser dort auch nach der Umgestaltung Platz hat. Dazu ist der Bundesplatz ein Ort, wo für oder gegen Beschlüsse der Regierung demonstriert wird, und dies ist ein legitimes demokratisches Recht, das gewährleistet werden muss. In der übrigen Zeit ist der Bundesplatz ein Autoabstellplatz, und auch diese Funktion ist wichtig. Wir sind aber doch der Meinung, dass die Parkplätze in Einstellhallen gehören, was nun mit dem Ausbau von Metro- und Casinoparking an die Hand genommen werden soll. Wie beim Casinoplatz hätte aber auch beim Bundesplatz das Thema eines unterirdischen Parkings vor der Umgestaltung aufgegriffen werden müssen. Vor rund 10 Jahren haben sich über 200 Teams am Projektwettbewerb zur Umgestaltung des Bundesplatzes beteiligt. Der Platz ist es wert, dass wir sorgfältig damit umgehen, es kann deshalb nicht das Ziel sein, einfach eine graue Steinfläche ohne Inhalt zu errichten. Ob das zur Weiterbearbeitung vorgeschlagene Projekt in allen Belangen genügt, ist schwer zu beurteilen. Sicher nicht überzeugend ist die Idee der Springbrunnen. Diese werden nur Probleme verursachen, es muss ein unterirdisches Wasserleitungsnetz erstellt werden, entsprechende Entwässerungsmassnahmen werden ebenfalls nötig. Zudem ist die Funktion der Springbrunnen nicht einsehbar. Auch die anderen Ideen, die uns vorliegen, überzeugen uns nicht restlos. Wir haben den Eindruck, dass das Problem der Verkehrsführung noch ungelöst ist, auch nach der Umgestaltung werden nämlich die Buslinien Ostermundigen und Elfenau den Bundesplatz queren müssen. Der Privatverkehr von und nach der Bundesgasse muss irgendwo durchgeführt werden, und hier fehlen konkrete Vorschläge. Der Antrag der PVK betreffend versenkbarer Pollern überzeugt uns nicht, es müssen diesbezüglich noch andere Varianten diskutiert werden. Neben dem offiziellen Projekt steht jetzt auch noch ein privates zur Diskussion, das unserer Meinung nach durchaus Beachtung verdient. Wir erwarten deshalb vom Gemeinderat, dass er den bestehenden Konflikt mit den betroffenen Personen ausdiskutiert. Im Übrigen sind wir aber auch der Meinung, dass das Projekt Eichin tatsächlich nicht am Wettbewerb teilgenommen hat und deshalb auch nicht den Status beanspruchen kann. Es ist uns ein Anliegen, dass im Rahmen der Projektierungsarbeiten eine echte Auseinandersetzung über die Platzgestaltung geführt wird, in diesen Prozess muss selbstverständlich auch die Bevölkerung mit einbezogen werden. Betreffend der Kosten sind wir der Ansicht, dass Fr. 6-7 Mio. für die Umgestaltung des Bundesplatzes sehr viel sind. Das Projekt sollte günstiger ausgearbeitet werden, zumal sich die Stadt Bern diese Ausgabe heute gar nicht leisten kann. Wir fordern deshalb, dass der Gemeinderat das Gespräch mit dem Bund sucht und sich für eine Mindestbeteiligung des Bundes von 30% einsetzt. Erfreulich ist andererseits, dass sich ein privates Unternehmen an den Kosten beteiligen will. Trotz der an sich positiven Bilanz werden wir gegen die Vorlage zum Projektierungskredit stimmen. Sollten wir dabei unterliegen, werden wir mit den vorliegenden *Ergänzungsanträgen der SVP zum Beschlussentwurf* korrigierend eingreifen versuchen:

1. Mit der Baukreditvorlage sind verbindliche Informationen über zugesicherte Beiträge Dritter und des Bundes vorzulegen.
2. Mit der Bauvorlage ist dem Stadtrat ein verbindliches Verkehrskonzept für den Raum Bundesplatz zu unterbreiten.
3. Auf die Installation der Fontäneninstallation ist zu verzichten.

Für die Fraktion CVP/ARP spricht *German Kalbermatten* (CVP): Das Berner Stimmvolk hat 1997 mit der Annahme des Verkehrskompromisses der Umgestaltung des Bundesplatzes zugestimmt. Wie diese Umgestaltung etwa aussehen sollte, weiss man schon seit dem nationalen Projektwettbewerb von 1991. Gegen das Siegerprojekt „Platz als Platz“ Haben wir nichts einzuwenden. Die Staubschicht, die sich aber in den letzten 8 Jahren über die Pläne gelegt hat, wird sicher noch dicker werden. Unsere Fraktion unterstützt das Vorgehen des Gemeinderats, wir erlauben uns aber einige kritische Bemerkungen und Fragen. Das Projekt wurde nicht zuletzt deshalb in der Schublade gelassen, weil Anfang der 90er-Jahre das Geld

für eine Realisierung fehlte. Die Finanzlage hat sich gegenüber damals aber nicht wirklich verbessert, wir erwarten deshalb, dass sich der Gemeinderat für eine namhafte Beteiligung des Bundes einsetzt. Wir fragen uns weiter, ob zum heutigen Zeitpunkt noch einmal das vorliegende Projekt favorisiert würde, heute kämen sicher andere Vorstellungen und Inspirationen zum Zug. Wir stimmen dem Projektierungskredit aber zu.

Der Direktor für Planung, Verkehr und Tiefbau *Alexander Tschäppät*: Über Geschmack lässt sich streiten oder eben auch nicht, aber ich kann sagen, dass das Projekt von Bettina Eichin sehr gut ist, es liesse sich auch einer breiten Öffentlichkeit leicht vermitteln. Es ist keine Wertung, wenn der Gemeinderat heute ein anderes Projekt vorlegt, sondern die logische und demokratische Folge eines langwierigen Prozesses mit klaren Regeln. Ich halte es deshalb für unfair, die Befürworter des Siegerprojekts als Gegner von Bettina Eichin oder gar der Menschenrechte abzustempeln. Es ist nun an der Zeit, einige Dinge klarzustellen. Da wurde behauptet, das Projekt Eichin sei benachteiligt worden, das Verfahren sei unfair gewesen und nicht rechtens. Tatsache ist, dass ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben wurde, aus den 207 Eingängen wurde „Platz als Platz“ ausgewählt, die Durchführung scheiterte damals an fehlenden alternativen Parkplätzen. Nun ist man mit der Casinoplanung weit genug, dass die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. Es wurde eine Arbeitsgruppe mit allen Betroffenen zusammengestellt und diese hat befunden, das Projekt habe nichts an Aktualität und Glanz verloren. Die zweite Behauptung war, die Stadt habe den Eichin-Promotoren den Sponsor abgeworben. Zum Glück gibt es aber noch eine freie Wirtschaft, in der sich Sponsoren frei fühlen können, welches Projekt sie unterstützen wollen. Insofern wurde also der Einfluss des Gemeinderats überschätzt, es dürfte kaum gelungen sein, Sponsoren im eigentlichen Sinn abzuwerben. Es wurde auch gesagt, „Platz als Platz“ schaffe einen Rummelplatz und respektiere die Würde des Platzes nicht. Es ist aber umgekehrt so, dass der Bundesplatz gerade heute ein Rummelplatz ist, nicht zuletzt wegen dem Verkehr, aber auch, weil man in der Nutzung nicht sehr wählerisch ist. Zu behaupten, das vorliegende Projekt unterstütze diese Tendenz, ist aber schlicht unfair. Welche Nutzungen auf dem Bundesplatz stattfinden, ist nicht eine Frage des Projekts, sondern der Bewilligungspraxis. Ob der Platz Würde hat oder nicht, liegt nicht an der Art der Pflasterung. Der Platz wird Würde haben, wenn wir als Bewohner dieser Stadt und die Schweizer Bevölkerung ihm Würde verleihen. Ich möchte nicht auf die Behauptung eingehen, ob das Projekt Eichin besser sei. Es ist aber richtig, dass es billiger ist, weil auch weniger umgestaltet wird, die Differenz ist aber nicht so gross, wie dies dargestellt wurde. Das Projekt Eichin käme auf etwa Fr. 4,5 Mio. zu stehen, „Platz als Platz“ auf rund Fr. 7,8 Mio. Es handelt sich um viel Geld, besonders für einen Platz, der nicht viel mehr als sauber durchgestaltet ist. Fr. 1,3 Mio. werden aber allein für Werkleitungen aufgewendet, es bleiben Fr. 6,5 Mio. für den Bau und die Gestaltung. Ich verspreche Ihnen, dass wir dieses Mal erst projektieren werden, wenn wir sicher sind, dass wir auch bauen können. Ich stimme allen zu, die für eine Beteiligung des Bundes geworben haben, Sie können sicher sein, dass ich kein Projekt vorlegen werde, das vollumfänglich von der Stadt finanziert werden wird. Ein weiterer Vorwurf ging dahin, dass wir die Idee der dreidimensionalen Gestaltung des Platzes vom Projekt Eichin übernommen hätten. Die Wettbewerbsvorgabe war aber damals, dass es keine festen Installationen auf dem Platz geben sollte. Nun hat aber der Bund als einer der möglichen Sponsoren gewünscht, dass diese dritte Dimension noch geprüft und allenfalls aufgenommen würde. An der Pressekonferenz wurde auch behauptet, dass heute beide Projekte zur Diskussion stünden, wenn das Verfahren fair gewesen wäre. Es ist aber eine Tatsache, dass Frau Eichin 1991 zwar die Projektunterlagen bestellt, aber damals keine Eingabe gemacht hat, im Gegensatz zu 207 anderen Teilnehmern, die an einem anonymisierten Wettbewerb vor einer qualifizierten Jury teilgenommen haben. Wenn man jetzt behauptet, die Behandlung des Projekts Eichin sei unfair, dann ist das ein Begriff von Fairness, den ich nicht akzeptieren kann. Ich verstehe alle, denen das Projekt Eichin besser gefällt, aber unsere Demokratie lebt davon, dass die Regeln zum Zug kommen, die in diesem Auswahlverfahren angewendet wurden. Ich danke deshalb auch den Fraktionen, die heute eine breite Zustimmung zum vorgeschlagenen Vorgehen signalisiert haben. Noch zu den einzelnen Vorstössen, zuerst zu jenen der SVP: Wir verhandeln bereits mit dem Bund, wieviel von dort kommen wird, ist aber noch unklar. Wir wurden auch schon in Sachen Bundeshausparkplätze aktiv, der Bundesrat ist auch bereit, die Park-

plätze vor dem Bundeshaus aufzuheben, allerdings müssten sie irgendwo kompensiert werden. Das Entwässerungsproblem wird auch geprüft, wir werden auch dafür sorgen, dass der Platz im Winter nicht zu einer Eisbahn verkommt. Die Wasseranlage ist übrigens sehr viel bescheidener, als sie auf der Zeichnung erscheint, das ist ein rein grafisches Problem. Ich bin gerne bereit, die Forderungen der SVP zum Projekt aufzunehmen. Zu den Pollern, die die FDP kritisiert hat, ist zu sagen, dass es sich hier eher um eine erste Idee handelt, aber sicher nicht um ein fixes Projekt. Sicher werden wir uns zu verkehrstechnischen Fragen Gedanken machen müssen, den öV etwa bringen wir so schnell nicht weg. Die übrigen Wünsche, etwa die Verkehrsreduktion, werden sicher weiter geprüft werden. Ich bitte Sie, hier ein klares Zeichen dafür abzugeben, dass in dieser Stadt etwas realisiert werden soll. Das Projekt ist nach wie vor gültig und wird der Stadt gut anstehen.

Für die PVK spricht *Oskar Balsiger* (SP): Ich möchte Ihnen die Haltung der PVK zu den Anträgen der SVP bekanntgeben. Über Punkt 1 haben wir diskutiert, aber wir wollten dem Gemeinderat schliesslich keine verbindlichen Vorgaben über ein Konzept zur Finanzierung machen. Man kann diesem Antrag aber so wie er vorliegt zustimmen. Zu Punkt 2: Ein verbindliches Verkehrskonzept ist beim Bundesplatz recht heikel. Je nach Nutzung und im Lauf der Zeit wird sich der Verkehrsfluss verschieben, dies betrifft auch die Buslinien. Der Gemeinderat müsste vielmehr zeigen, was auf dem Platz alles möglich ist. Punkt 3 schränkt die Gestaltungsfreiheit ein und wird von der PVK deshalb abgelehnt.

Beschlüsse

1. Der Rat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats zum Projektierungskredit.
2. Der Rat stimmt dem Antrag 2 des Gemeinderats mit 56 zu 12 Stimmen zu.
3. Der Rat stimmt dem Antrag 3a der PVK mit 39 zu 27 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.
4. Der Rat stimmt dem Antrag 3b der PVK einstimmig zu.
5. Der Rat stimmt dem letzten Satz Punkt 3 des Antrags der PVK mit 66 zu 1 Stimmen zu.
6. Der Rat stimmt dem Antrag 4 (vormals 3) des Gemeinderats mit 57 zu 12 Stimmen zu.
7. Der Rat stimmt dem Antrag 5 (vormals 4) des Gemeinderats mit 61 zu 7 Stimmen zu.
8. Der Rat stimmt den Anträgen 6 und 7 (vormals 5 und 6) des Gemeinderats mit 61 zu 8 Stimmen zu.
9. Der Rat stimmt Antrag 1 der SVP mit 53 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.
10. Der Rat lehnt Antrag 2 der SVP mit 43 zu 21 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab.
11. Der Rat lehnt Antrag 3 der SVP mit 52 zu 11 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 58 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

2 Abwasserreglement der Stadt Bern (AWR): Erheben der wiederkehrenden Regenwassergebühr; Kredit für die Umsetzung

Antrag Nr. 267

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Abwasserreglement der Stadt Bern (AWR): Erheben der wiederkehrenden Regenabwassergebühr; Kredit für die Umsetzung.
2. Für die Vorarbeiten zur Umsetzung Erhebung der wiederkehrenden Regenabwassergebühr wird ein Kredit von Fr. 1 470 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto 851.589.001.0, bewilligt. Beiträge Dritter sind für Abschreibungen zu verwenden.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die GPK spricht *Liselotte Lüscher* (SP): Am 28. Oktober 1999 haben wir der Revision des Abwasserreglements einstimmig zugestimmt, seit dem 1. April 2000 ist es in Kraft. Nebst anderem ist darin geregelt, dass das Entsorgen von Regenwasser in die Kanalisation gebüh-

renspflichtig ist. Die Grundlage für diese Gebühr ist das Abwasserreglement. Weil sie sich nach der Einzugsfläche richtet, muss die Fläche für die Rechnungsstellung bekannt sein. Die meisten Angaben sind über die Unterlagen des Vermessungsamts zu ermitteln, 20% der Flächen sind aber nicht regulär erfassbar. Hier wird mit Selbstdeklaration oder mit Begehungen operiert, was aber etwas kostet. Die Rechnungsadressen sind zwar über das EWB auch bekannt, stimmen aber nur zu 60% mit der Liegenschaft überein. Auch hier entstehen Kosten. Diese Ausgaben sind einmalig, aber relativ aufwendig, und laufen über die Spezialfinanzierung des Abwassers. Im ersten Jahr wird der Aufwand von Fr. 1,47 Mio. beinahe den erwarteten Gewinn konsumieren. Die Erhebung wird deshalb von Anfang an so genau wie möglich gemacht, damit die Angaben in einer Datenbank erfasst und den Betroffenen auch entsprechend mitgeteilt werden können. So können diese Einspruch erheben gegen die Einschätzung wie auch gegen die später auf dieser Grundlage erhobenen Gebühr. Um diese Beschwerden in Grenzen zu halten, soll von Anfang an so exakt wie möglich erhoben werden. In der GPK wurde kritisiert, dass die digitalen Unterlagen des Vermessungsamts nicht genau genug seien. Es wurde auch bezweifelt, dass nur wenig Beschwerden eingehen würden, oder aber, dass überhaupt Beschwerden erhoben würden. Es wurde auch diskutiert, ob bei der Abkoppelung des EWB das Inkasso neu organisiert werden müsste. Die GPK empfiehlt das Geschäft aber einstimmig zur Annahme.

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Peter Bernasconi* (SVP): Es wird ein weiteres Mal eine neue Gebühr erhoben und neue Kosten generiert. Es ist eine logische Folge der Annahme des Reglements, dass auch für dessen Umsetzung gesorgt werden muss.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag mit 47 zu 1 Stimmen zu.

3 Altlast Gaswerkareal, Teilsanierung Teer-Destillationsanlage; Kredit

Antrag Nr. 295

1. Das Projekt der GWB betreffend Altlast Gaswerkareal, Teilsanierung Teer-Destillationsanlage wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
2. Für die Realisierung wird ein Kredit von Fr. 1 094 200.00 zu Lasten der Investitionsrechnung GWB (Gasversorgung) bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die GPK spricht *Liselotte Lüscher* (SP): Der Stadtrat hat die Vorlage bereits einmal andiskutiert und den vorzeitigen Baubeginn gutgeheissen. Die GPK empfiehlt, das Geschäft heute als Ganzes gutzuheissen. Nach dem Hochwasser im Frühling 1999 haben wir einen Kredit für die Ufersanierung in diesem Bereich verabschiedet. Bei der Sanierung ist man auf Teerrückstände gestossen und hat dann die Arbeiten sistiert. Es wurde eine gesamthafte Sanierung beschlossen, eine Teilsanierung hätte keinen Zweck, weil zwischen den einzelnen Behältern Verbindungen bestehen. Es liegt nun eine Minimalvariante vor, bei der die Betontröge im Boden belassen werden. Nach der Sanierung wird allerdings nicht das ganze Areal sauber sein, andere Altlasten werden wir uns aber später vornehmen.

Der Direktor für Hochbau, Stadtgrün und Energie *Adrian Guggisberg*: Ich möchte mich bedanken, dass wir den Beginn der Arbeiten haben vorziehen können, wir konnten vom guten Bauwetter profitieren und haben schon die Hälfte der Fläche abgetragen. Die Arbeiten sind bestens im Zeitplan und in den Kostenvorgaben.

Beschluss

Der Rat stimmt der Vorlage einstimmig zu.

4 Bremgartenfriedhof: Sanierung des Betriebsgebäudes, Aufhebung der Produktionsanlagen und Integration des Stützpunkts Fellerstrasse; Baukredit

Antrag Nr. 316

1. Das Projekt „Bremgartenfriedhof: Sanierung des Betriebsgebäudes, Aufhebung der Produktionsanlagen und Integration des Stützpunkts Fellerstrasse“ wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als nötig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
2. Für die Realisierung wird ein Kredit von Fr. 3 300 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 521.503.003.1, bewilligt.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum nach Artikel 51 Ziffer 3 der Gemeindeordnung.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die GPK spricht *Kurt W. Weyermann* (FDP): Das Geschäft gründet auf der Reorganisation der Stadtgärtnerei, bei welcher diese Stellen abzubauen und Betriebe zusammenzulegen hat. Vor einem Jahr hat dieser Rat Fr. 286 000.00 für ein entsprechendes Projekt bewilligt. Das Verwaltungs- und Bürogebäude der Stadtgärtnerei ist in einem relativ guten Zustand, allerdings muss die Infrastruktur verbessert werden. Durch die Integration des Stützpunkts Fellerstrasse werden rund 20 Mitarbeiter neu im Bremgartenfriedhof stationiert sein, die WC- und Waschanlagen werden darum dort ungenügend sein. Der Kostenvoranschlag ist gut, er enthält alle wichtigen Posten. In der GPK gab der Blumenverkauf zu reden. Die Treibhäuser sollen sanft saniert werden, damit ein temporärer Blumenverkauf gewährleistet ist. Es geht hier um ein sinnvolles Bauprojekt, ich bitte Sie also, keine Diskussion darüber zu lancieren, ob ein Blumenladen ganzjährig oder nur temporär betrieben werden soll. Die Fr. 3,3 Mio. sind im vorliegenden Projekt gut angelegt, in der GPK wurde der Vorlage mit 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt. Ich bitte Sie, dem Antrag der GPK zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion SP/JUSO spricht *Walter Christen* (SP): Über den Blumenladen müssen wir eben doch reden, wie über die Vorlage als ganzes. Wir stehen der Sanierung des Betriebsgebäudes und der Integration des Stützpunkts Fellerstrasse positiv gegenüber. Insbesondere begrüssen wir, dass angemessene Räume für das Personal geschaffen und damit die Vorgaben für den Gesundheitsschutz realisiert werden. Wir verstehen auch, dass die Produktionsanlage aufgehoben wird, weil dadurch eine Effizienzsteigerung erreicht werden kann. Für die Fraktion SP/JUSO wie auch für Mitbürgerinnen und Mitbürger ist es aber absolut inakzeptabel, dass der Pflanzen- und Blumenverkauf nur noch zu gewissen Zeiten angeboten werden soll. Mit solchen unverständlichen Massnahmen trifft man insbesondere ältere und behinderte Menschen. Die Leute werden brüskiert, wenn in der Anpflanzungsphase oder vor Feiertagen der Laden geschlossen ist. Auf der einen Seite verschenkt man Geld, etwa mit den nicht erhobenen Gebühren für die Gemeinschaftsgräber, auf der anderen Seite wird bei so wichtigen Dienstleistungen gespart. Im letzten Jahr sind in diesem Blumenladen Fr. 275 000.00 umgesetzt worden, betriebswirtschaftlich gesehen entsteht hier kaum ein Schaden. Es geht aber nicht nur um materielle Gesichtspunkte, es geht auch nicht nur um Blumenverkauf, sondern um zwischenmenschliche Werte. Alte und traurige Leute haben dort jemanden, der für sie da ist und ihnen helfen kann, und das ist Service public, den wir nicht werten und messen können, für diese Grundversorgung bezahlen wir unsere Steuern. In Thun hat Frau Gemeinderätin Haller von der SVP den Blumenladen eröffnet, und zwar genau aus den Gründen, die ich eben habe darzulegen versucht. Die GFL/EVP-Fraktion hatte sich bereits gegen die geplante Reduktion der Öffnungszeiten ausgesprochen, man hat sich aber dann entschieden, die Reaktion der Bevölkerung abzuwarten. Diese Reaktion ist eingetroffen, die in sechs Wochen gesammelten 11 800 Unterschriften sprechen eine deutliche Sprache. Ich denke, dass wir hier den Volkswillen umzusetzen haben, umso mehr, als es

sich nicht um einen Luxus handelt und in anderen Städten selbstverständlich ist. Unsere Fraktion hat Anträge im Zusammenhang mit dem ganzjährigen Blumenverkauf gestellt sowie redaktionelle Änderungen beantragt. Ich bitte Sie, diese *Anträge der Fraktion SP/JUSO* und das Geschäft in der von uns vorgeschlagenen Form anzunehmen:

Änderung des Titels der Vortrages:

nach Produktionsanlagen einfügen:

, **sanfte Renovation der Blumenverkaufsstelle,**

3. Betriebskonzept

drittes Lemma ersetzen durch:

Der ganzjährige Pflanzen- und Blumenverkauf wird gewährleistet.

4. Bauprojekt

4.5 „Temporärer“: streichen

Antrag S. 4

1. nach Produktionsanlagen einfügen:

, sanfte Renovation der Blumenverkaufsstelle,

2. unverändert

3. neu: Im Betriebskonzept ist der ganzjährige Pflanzen- und Blumenverkauf enthalten.

3 wird zu 4.

4 wird zu 5.

Stadtratspräsident *Christoph Stalder*: Ich möchte den Fraktionssprecher der SP/JUSO-Fraktion darauf aufmerksam machen, dass wir nicht über Änderungen im Vortrag des Gemeinderats abstimmen können, den Rest werden wir so aufnehmen. Wir werden nach der Pause über die Dringlicherklärung der Interpellation der SP/JUSO-Fraktion „Beheizte Wintergärten am Bärenplatz“ abstimmen, das Büro des Stadtrats hat die Dringlichkeit abgelehnt.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Der Protokollführer: *Nicolas Hehl*